

Tabak-Arbeiter

Nr. 28 / Bremen, den 11. Juli 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmark ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Goldmark für die viergespaltene Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: F. Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, R. Reichmann, — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. S. Schmalfeldt & Co. — Schluß in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20 I, Telephon Amt Roland 6046. — Geld- und Einschreibungen an Johannes Krohn, Bremen, An der Weide 20 I. — Postcheckkonto 5349 beim Postcheckamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg. — Verbandsvorsitzender: R. Reichmann, Bremen, An der Weide 20 I. — Verbandsausschuß: E. Schöne, Hamburg, Besenbindehof 57, Zimmer 45/46.

Die Belastung der Lebensmittel durch den Zoll.

Es hat den Anschein, daß weite Schichten der Verbraucher, insbesondere soweit sie den Gewerkschaften fernstehen, noch nicht genügend die schwere Lage würdigen, die ihnen die Zolltarifvorlage der Regierung auferlegen will. Ueber das Ausmaß der Gesamtbelastung sich ein Bild zu machen, ist allerdings kaum möglich. Immerhin bekommt man einen recht kräftigen Vorgeschmack, wenn man erfährt, daß allein bei vorsichtigster Berechnung die allernotwendigsten Lebensmittel einer Familie sich um rund 150 M im Jahr verteuern würden. Ein Familienvater also, der bei achttündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 62 S erhält, muß 10 Prozent davon allein für die Lebensmittelzölle dranzahlen.

Da für die Nachkriegszeit brauchbare Unterlagen über den tatsächlichen Haushalt von Arbeiterfamilien fehlen, so haben wir der folgenden Berechnung das Wertigkeitsschema des Statistischen Reichsamts zugrunde gelegt, das bekanntlich sich nur auf die notwendigsten Lebensmittel und in teilweise durchaus unzureichenden Mengen beschränkt. Dieses Schema gibt den dringlichsten Nahrungsmittelverbrauch einer minderbemittelten fünfköpfigen Familie (zwei Erwachsene, Knabe von 14 Jahren, Mädchen von 7, Kind von 1 1/2 Jahren) für jeweils vier Wochen an. Die dreizehnfache Menge wäre also der Jahresbedarf. Unsere Tabelle enthält in der ersten Spalte die Art der Lebensmittel, in der zweiten Spalte den vierwöchigen Verbrauch der Familie in Kilogramm, in der dritten Spalte die Mehrausgaben in Reichsmark und pro Jahr, wie sie sich durch die Zollbelastung ergeben würden.

Lebensmittel	Verbrauch der Familie in 4 Wochen kg	Jährliche Mehrausgabe M
Roggenbrot	40	28,20
Weißbrot	5	4,60
Weizenmehl	4	4,09
Graupen	1,833	0,91
Weizengrieß	1,833	2,63
Haferflocken	1,833	1,58
Vollreis	1,833	0,95
Erbfen	1,833	0,95
Bohnen	1,833	0,95
Kartoffeln	50	7,05
Gemüse (Rot- und Weißkohl)	15	7,80
Rindfleisch	3,5	20,50
Schweinefleisch	1,5	8,80
Lammfleisch	1	5,85
Speck	0,5	2,34
Leberwurst	2	11,70
Butter	2	7,80
Margarine	2	7,80
Schweineschmalz	2,25	3,65
Käse	1,75	6,83
Salzheringe	1,5	0,61
Zucker	3,5	4,55
Eier	28 Stück	1,32
Vollmilch	35 Liter	6,82
Kaffee-Ersatz	1,25	1,63

Jährliche Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel 149,91

Wo soll der „minderbemittelte“ Familienvater — denn nur für die notwendigen Ausgaben einer solchen Familie ist ja das Schema entworfen — blanke 150 M hernehmen? Dabei ist unsere Berechnung, wie wir schon betont haben, besonders vorsichtig aufgestellt und erlaubt sicherlich eine viel zu geringe Belastung. Statt der hohen Zölle für Mehl, Graupen, Grieß, Hafer-

flocken haben wir nur den Minimalzoll für die entsprechende Getreideart eingeseht, statt des Zolls für einfach zubereitetes Fleisch (Leberwurst) nur den Zoll für Frisch- und Gefrierfleisch, statt des Milchzolls nur den Butterzoll (unter Berücksichtigung des Wertverhältnisses von Butter und Milch)! Bei Gemüse setzten wir nur den Zoll für Rot- und Weißkohl ein, ohne uns an den höheren Zoll für die übrigen Gemüse zu halten, bei Kartoffeln haben wir den hohen Zollsatz für Frühkartoffeln nur für die Monate Juni und Juli berücksichtigt.

Daß das Ernährungsschema äußerst dürftig ist, eben nur die notwendigsten Dinge enthält, ergibt sich auf den ersten Blick. Es fehlen Obst, Gewürze, Bier, Limonaden und ähnliche Dinge, die durch Zölle ebenfalls teurer werden. Für die engen Grenzen, in denen sich das Schema bewegt, ist weiterhin bezeichnend, daß nach amtlichen Angaben der Fischkonsum im Jahre 1924 pro Kopf 41 Kilogramm betrug, während hier einschließlich Leberwurst, Speck und Schmalz knapp 29 Kilogramm zusammenkommen. Man wird ferner zu beachten haben, daß die Werterhöhung der Lebensmittel auch eine Erhöhung der Umsatzsteuerbeträge bedingt, die ebenfalls vom Verbraucher getragen werden. Es ist also mit Händen zu greifen, daß der von uns errechnete Betrag von 150 M bei weitem nicht auslangt.

Die Preiserhöhung für die übrigen Bedürfnisse des Haushalts, Küchengeräte, Möbel, Seife, Schuhe usw., läßt sich gar nicht abschätzen. Es ist völlig ausgeschlossen, daß die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung diese beispiellose Belastung tragen kann.

Daß das Reich große Einnahmen aus den Zöllen ziehen wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht anzunehmen. Nach einer Berechnung von Professor Brentano kam die Belastung der Verbraucher durch die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer im Jahre 1907 nur zu 12 Prozent der Staatskasse zugute, die übrigen 88 Prozent flossen in die Taschen Privater.

Darum in letzter Minute die Mahnung an alle: Wehrt euch!

Gegen den Zollwucher.

Das taktische Vorgehen der Regierung in der Frage der Agrarzölle ist durch das Bestreben gekennzeichnet, eine gründliche Prüfung dieser wichtigen Frage möglichst zu verhindern und die Vorlage, ebenso wie erst im Reichswirtschaftsrat, so jetzt auch im Reichstag, mit der größten Unterstützung durchzusetzen.

Zu einem solchen Vorgehen, das nur vom schlechten Gewissen diktiert sein kann, hat die Regierung alle Veranlassung. Die Regierungsvorlage ist in ihrer Begründung und in ihrem ganzen Gedankengang so mangelhaft und dürftig, daß sie das Tageslicht einer gründlichen Prüfung wirklich scheuen muß. Was aber wichtiger ist: hinter dieser Vorlage verbirgt sich ein von den Großagrariern und von den Großindustriellen gemeinsam geplanter Raubzug auf die Taschen des Volkes, ein Raubzug von so ungeheurem Umfang und von so beispielloser Brutalität, daß er unbedingt zuschanden werden müßte, wenn man den Opfern dieses Raubzuges nur Zeit lassen würde, sich der Gefahr bewußt zu werden und ihre Stimme dagegen zu erheben. Es ist nachgewiesen worden, daß für den einzelnen Arbeiterhaushalt eine Mehrbelastung von etwa 150 M jährlich durch die Zölle zu erwarten steht, und es ist keine Aussicht vorhanden, diese Belastung durch Lohnerhöhung abzumildern. Wird, wenn diese Vorlage Gesetz wird, den Arbeiterfamilien nichts anderes übrig bleiben, als die notwendigsten Lebensausgaben für die unentbehrlichen Nahrungsmittel, an denen in keiner Weise gespart werden kann, durch Ersparnisse an anderer Stelle wieder herauszuschinden.

Sie sind allerdings die Einkommensverhältnisse in der Arbeiterklasse heutzutage derart, daß man sich beim besten Willen nicht vorstellen kann, an welchen Punkten in einem Arbeiterhaushalt eigentlich gespart werden soll. Zugausgaben gibt es dort sowieso nicht, und jede Ausgabe, die man sich bisher noch leisten konnte und die man in Zukunft wegen der Agrarzölle nicht unterlassen müssen, ist eigentlich eine lebensnotwendige Ausgabe. Es kann jeder Arbeiterfrau nur geraten werden, für ihren eigenen Haushalt hierüber einmal eine Berechnung anzustellen und zu überlegen, welche Ausgaben ihre Familie in der kommenden Zeit sich wird versagen müssen, welche unbedingt notwendigen Anschaffungen unterbleiben müssen, um die 150 M., die der Landwirtschaft als Liebesgabe ausfließen sollen, ersparen zu können.

In einem späteren Artikel wollen wir uns mit dieser ganzen Frage der Belastung der Konsumenten noch eingehender befassen. Heute wollen wir nur feststellen, daß diese Belastung geplant ist und daß sie bei der Verwirklichung der Zollvorlage unweigerlich eintreten wird. Und wir wollen uns die Frage vorlegen, ob denn die Lage der Landwirtschaft eine solche ist, daß sie eine derartige Belastung gerade der ärmsten Schichten der Bevölkerung rechtfertigt.

Die Agrarier haben sich in einer Beziehung für ihre Zollpropaganda einen sehr günstigen Augenblick ausgesucht. Durch den Krieg hat die Art und Weise, wie die städtische Bevölkerung über die Landwirtschaft denkt, eine sehr große Veränderung erfahren. Die entsetzlichen Entbehrungen, die die städtische Bevölkerung infolge der Blockade und der Abschließung von den ausländischen Lebensmitteln durchmachen mußte, haben der Landwirtschaft in den Augen der Konsumenten eine ganz andere Bedeutung verliehen als früher. Man würde bereit sein, sogar sehr große Opfer zu bringen, wenn das zur Erhaltung der Landwirtschaft erforderlich wäre. Man würde alles tun, nur um sich gegen die Wiederkehr solcher Entbehrungen zu schützen.

Diese Stimmung der Konsumenten macht sich die agrarische Propaganda nun in raffinierter Weise zunutze. Sie sucht die Konsumenten davon zu überzeugen, daß das jetzt von ihnen geforderte Opfer in ihrem eigenen Interesse notwendig ist. Wenn man der Landwirtschaft die geforderten Zölle bewilligt, so würde die landwirtschaftliche Produktion sich gewaltig ausdehnen, Deutschland würde in seiner Nahrungsmittelversorgung vom Ausland unabhängig werden, und die Konsumenten wären gegen die Wiederholung solcher Zustände, wie sie der Krieg und die Blockade mit sich brachten, geschützt. Wenn man der Landwirtschaft aber die Zölle verweigert, so müsse die Landwirtschaft zur Erstenisierung der Betriebe übergehen, sie könne keinen Kunstdünger und keine Maschinen mehr kaufen, die Ernten würden immer kleiner werden, die Abhängigkeit vom Auslande würde wachsen, und jeden Augenblick könne bei einer Verwicklung auf dem Weltmarkte wieder eine Hungersnot über Deutschland hereinbrechen.

Auf all diese Behauptungen kann es nur die eine Antwort geben, daß die Konsumenten sehr wohl den Zusammenhang zwischen ihren Interessen und der Erhaltung der Landwirtschaft anerkennen. Gerade aus den Kreisen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist immer wieder die Bereitwilligkeit betont worden, die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu erhalten. Mit ganz besonderer Deutlichkeit ist das in den „Richtlinien für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm“ betont worden, die in der „Gesellschaft“ im November 1924 veröffentlicht worden sind. Es heißt in diesen Richtlinien: „Eine sozialistische Produktionspolitik in der Landwirtschaft kann sich aber nicht mit dieser nur technischen Produktionsförderung begnügen. . . . Man darf auch nötigenfalls nicht vor solchen Maßnahmen zurückschrecken, bei denen Vorteile für die Volksgesamtheit durch die Gewährung von Sonderprivilegien für die Landwirte erreicht werden.“

Eine solche Bereitwilligkeit der Arbeiter und der Konsumenten, nötigenfalls für die Erhaltung eines unentbehrlichen Wirtschaftszweiges Opfer zu bringen, setzt aber in erster Linie voraus, daß die Notwendigkeit dieser Opfer in jedem einzelnen Falle ganz unzweifelhaft bewiesen wird.

Wie steht es nun in dieser Beziehung mit der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft?

Es muß zugegeben werden, daß die Lage der Landwirtschaft in Deutschland nach der Stabilisierung schwierig geworden war. Das kam besonders in den Preisverhältnissen zum Ausdruck. Die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Getreide, Kartoffeln und Vieh waren, zum Teil sogar in erheblichem Maße, unter die Friedenspreise gefallen. Demgegenüber waren die Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsmittel, der Maschinen und, bis auf den Stickstoff auch

die des Kunstdüngers, über die Friedenspreise gestiegen. Für einen Zentner Roggen konnte sich der Landwirt im Januar 1924 nur drei Viertel derjenigen Kunstdüngermenge kaufen, die er vor dem Kriege dafür bekam. Und weil vor dem Kriege die Landwirtschaft einen Zollschutz besessen hatte und weil ferner in den ersten Monaten des Jahres 1924 die Getreidepreise ziemlich genau um denselben Betrag hinter den Vorkriegspreisen zurückblieben, den früher die Zölle ausgemacht hatten, so ergab sich aus dieser Situation das Verlangen der Landwirtschaft nach Wiedereinführung der Zölle. Man konnte für dieses Verlangen ein gewisses Verständnis haben, da in der Tat die Erhaltung der Landwirtschaft bedroht gewesen wäre, wenn solche ungünstigen Preisverhältnisse noch längere Zeit angehalten hätten. Lediglich dagegen wandten sich damals die Gegner von Agrarzöllen, daß die Wiedereinführung von Zöllen etwa in überstürzter Weise auf Grund einer Situation vorgenommen würde, von der man noch gar nicht wissen konnte, wie lange sie anhalten würde. Es wurde vielmehr von Kennern des Wirtschaftslebens bereits damals vorausgesagt, daß dieser ungünstige Preisstand sich auch ohne Agrarzölle sehr bald von selbst korrigieren würde, daß von selbst die Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel zurückgehen, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte dagegen steigen würden.

Diese Prophezeiung ist nun in einem Umfange eingetreten, der selbst die kühnsten Hoffnungen, die man anfangs 1924 etwa hätte haben können, noch weiter übertrifft. Das Getreide ist beispielsweise von 120 M. (Roggen) und 150 M. (Weizen) bis auf 220 M. (Roggen) und 260 M. (Weizen) gestiegen, und es hat durchaus den Anschein, daß die Preise sich auf dieser Höhe erhalten werden, wenn sie nicht gar noch weiter steigen. Diese Preissteigerung von rund 100 M. je Tonne übertrifft bei weitem die Zollsätze, die selbst von den Vertretern der Landwirtschaft im Jahre 1924 gefordert wurden, und man weiß ja, daß die Vertreter der Landwirtschaft in ihren Forderungen sich nicht gerade durch ein Uebermaß von Bescheidenheit auszeichnen. Es ist allein schon aus diesem Grunde nicht zu verstehen, mit welchem Recht die Landwirtschaft auch jetzt noch Zölle fordert, die für das schon so stark verteuerte Getreide noch eine weitere künstliche Verteuerung bringen sollen.

Die Lage der Landwirtschaft hat sich aber nicht nur dadurch gehessert, daß die Preise ihrer Produkte gestiegen sind; es sind auch gleichzeitig die Preise ihrer Produktionsmittel zurückgegangen. Für einen Zentner Roggen erhält man jetzt das Doppelte an Kunstdünger wie im Januar 1924, und sogar gegenüber der Vorkriegszeit das Eineinhalbfache. Ein Motorpflug (50pferdiger Stock) kostet, in Roggen gerechnet, zurzeit 1100 Zentner gegenüber 2500 Zentnern im Januar 1924 und rund 2000 Zentnern vor dem Kriege. Auch bei den Viehprodukten haben sich die Preisverhältnisse stark gebessert, und zwar besonders in der allerletzten Zeit. Der Preis für Schlachtschaf, Klasse A, stieg von 52,7 M. für 50 Kilogramm Lebendgewicht im Februar 1925 auf 58,9 M. im Mai. Gleichzeitig aber sank der Preis für ein wichtiges Produktionsmittel der Viehhaltung, für Delkuchen, von 9,24 M. auf 7,00 M. für den Zentner. Während für den Erlös eines Zentners Lebendgewicht sich der Landwirt im Februar 5,3 Zentner Delkuchen kaufen konnte, erhält er jetzt dafür 7,7 Zentner, also eine recht ansehnliche Verbesserung in der Rentabilität der Viehhaltung.

Wir sehen also, daß sich in sämtlichen Zweigen des landwirtschaftlichen Betriebes die Rentabilitätsbedingungen ganz grundlegend verbessert haben. Von einer durch ungünstige Preisverhältnisse hervorgerufenen Notlage der Landwirtschaft kann nicht mehr die Rede sein. Da diese für die Landwirtschaft so vorteilhafte Preisentwicklung bereits schon auf Kosten der Verbraucher erfolgt ist, so ist die Forderung nach Agrarzöllen, der Versuch, auf die Preissteigerung eine noch weitere Preissteigerung daraufzusetzen, eine offene Verhöhnung der schwer belasteten Verbrauchermassen, gegen die unermüdlich und mit größtem Nachdruck protestiert werden muß. Die Verbraucher dürfen nicht ruhen, mit allen Mitteln (durch Resolutionen, Versammlungen und Proteste) die Regierung darauf hinzuweisen, daß sie auch noch vorhanden sind und daß sie sich eine derartige Ausplünderung nicht gefallen lassen werden.

Aus dem Tabakgewerbe.

Ein Sondertanz der Zigarettenfabrikanten.

Es wäre eine Verletzung unserer publizistischen Pflicht, wenn wir den Leserinnen und Lesern dieses Blattes nicht von einem Sondervorgehen des Verbandes der Deutschen Zigaretten-Industrie im Kampfe gegen die drohende Erhöhung des Tabakzollens und der Tabaksteuer Kenntnis geben würden.

dieser Verband hat in einer Eingabe vom 1. Juni den Reichstag gebeten, ohne Rücksicht auf die Tabaksteuervorlage der Reichsregierung zu beschließen:

1. Die zurzeit gültige Erhebungsart der Tabaksteuer auf Zigaretten wird aufgehoben. An ihre Stelle tritt ein Verbrauchssteuern auf den zur Zigarettenverarbeitung bestimmten Rohtabak in Höhe von 1200 M für 100 Kilo.

2. Die Zigarettenhersteller werden durch besonderes Gesetz zu einer Steuergemeinschaft zusammengeschlossen entsprechend dem in der Anlage folgenden Entwurf.

Nach der diesen Anträgen beigegebenen Begründung bringt die Zigarette heute etwa 360 bis 380 Millionen Mark an Tabaksteuer auf, während bei dem vorgeschlagenen Zollsatz von 1200 M für 100 Kilo Tabak die Zigarette 409 500 000 M aufbringen würde. Wir wollen uns im Augenblick nicht mit den Gründen beschäftigen, die die Zigarettenfabrikanten veranlaßt haben, gerade jetzt eine grundlegende Änderung der Besteuerungsform für Zigaretten zu beantragen; aber das glauben wir doch sagen zu müssen, daß dem Abwehrkampf des gesamten Tabakgewerbes gegen die drohende Mehrbelastung mit diesem Sondervorgehen nicht gedient ist. Mit durchschlagendem Material haben die einzelnen Gruppen des Tabakgewerbes in den letzten Wochen und Monaten den Nachweis geführt, daß eine Vermehrung der auf dem Tabak ruhenden Lasten schlimme Folgen sozialer und wirtschaftlicher Natur nach sich ziehen müsse; die Zigarettenfabrikanten aber wissen nichts anderes zu tun als dem Reichsminister der Finanzen höhere Summen anzubieten. Braucht man sich da noch zu wundern, daß die Regierungsparteien zu der Auffassung kommen, die Zigarettenindustrie könnte eine höhere Belastung ohne großen Schaden auf sich nehmen. Wenn nicht die Interessen der Tabakarbeiter und der Konsumenten mit auf dem Spiele ständen, könnte man die Zigarettenfabrikanten ruhig gewähren lassen. So aber werden die Tabakarbeiter die Suppe mit auslöffeln müssen, die die Zigarettenfabrikanten eingebrockt haben und deshalb verurteilen wir deren Sondervorgehen.

Die beantragte Steuergemeinschaft soll die den ordnungsgemäßen Eingang der Abgaben auf Zigaretten gefährdenden Auswüchse eines hemmungslosen Wettbewerbes beseitigen und die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Maßnahmen zu einem reibungslosen und regelmäßigen Eingang des Zolles auf Tabak schaffen. Außerdem soll sie dem Reiche für etwaige Ausfälle an Zöllen haften, die durch Zahlungsunfähigkeit eines Zigarettenherstellers entstehen. Das sind in wenigen Worten die Aufgaben, die die Zigarettenfabrikanten der von ihnen gewünschten Steuergemeinschaft zuweisen wollen.

Der Tabakaußenhandel im April.

Um den Leserinnen und Lesern dieses Blattes die Möglichkeit zu geben, sich laufend über die Ein- und Ausfuhr von Tabak zu informieren, veröffentlichen wir in jedem Monat die Ergebnisse des deutschen Außenhandels mit Tabak. Nunmehr liegt das vorläufige Ergebnis für April vor. Danach wurden 1 992 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 17 214 000 M eingeführt und 13 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 600 M ausgeführt.

Tabaksteuereinnahmen im Mai.

Aus der Tabaksteuer wurden im Mai dieses Jahres 9 498 145 M vereinnahmt. Von den verpfändeten Einnahmen haben außerdem erbracht: die Biersteuer 19 227 408 M, die Zuckersteuer 18 232 387 M, das Branntweinmonopol 10 200 811 M und die Zölle 35 669 644 M. Insgesamt sind das 132 828 395 M. Bei gleichbleibenden Eingängen wäre das eine Jahreseinnahme von rund 1,59 Milliarden.

Internationale Tabakarbeiterbewegung.

Norwegen.

Die norwegische Tabak- und Zigarrenindustrie befindet sich in privaten Händen und arbeitet hauptsächlich für den Inlandsmarkt. Sie beschäftigt ungefähr 1800 Personen, und zwar 600 Männer und 1200 Frauen und Jugendliche. Ende 1924 waren davon 1404 freigewerkschaftlich organisiert. Eine weitere Tabakarbeiterorganisation gibt es in Norwegen nicht. Der Mindestlohn der Zigarrenarbeiter stieg seit dem Jahre 1914 für 1000 Handarbeitszigarren von 19 auf 49,50 Kronen und für 1000 Formarbeitszigarren von 10 auf 37,50 Kronen bei einer Indexziffer von 266 Anfang Dezember 1924. In der Lohnbereinigung vom Jahre 1924 ist vorgesehen, daß bei einer Steigerung der Lebenshaltungskosten um mindestens 5 Prozent die Löhne gleichmäßig erhöht werden müssen. Zur Anfertigung von Scenofilas sind einige Wickelmaschinen vor-

handen, während Zigarrenherstellungsmaschinen vollständig fehlen. Der Beschäftigungsgrad, der unter den Zigarrenarbeitern einigermaßen günstig ist, muß bei den Tabakarbeitern und Zigarettenarbeitern als schlecht bezeichnet werden. In der Hauptsache ist die Arbeitslosigkeit auf die hohe Zigarettensteuer zurückzuführen, die jetzt allgemein ist, während früher nur die teureren Zigaretten besteuert wurden. Die Beschäftigung von Personen im Alter von unter 14 Jahren ist verboten. Heimarbeit gibt es weder in der Tabak- und Zigarettenindustrie noch in der Zigarrenindustrie; auch hat solche früher niemals bestanden.

Tschechoslowakei.

In der Tschechoslowakei sind Erzeugung und Verkauf von Tabakfabrikaten Monopol des Staates. Die Tabakerzeugnisse werden in 19 Fabriken hergestellt, die im Jahre 1922 insgesamt 19 095 Personen beschäftigten, wovon 2736 Männer und 16 536 Frauen waren. Seitdem ist die Arbeiterzahl um rund 2000 zurückgegangen, weil der Konsum der mit der Hand hergestellten Zigarren weniger geworden ist, während der Konsum der mit der Maschine hergestellten Zigaretten zugenommen hat. In der Zigarrenherstellung wurden aber 70 Prozent aller Tabakarbeiter beschäftigt. Die überschüssigen Arbeitskräfte sind jedoch nicht entlassen, sondern pensioniert worden und erhalten ungefähr 70 Prozent ihres Lohnes als Pension. Mit der Maschine werden nur die Wickel für drei Sorten in den niedrigsten Preislagen hergestellt. Der Durchschnittslohn einer bei der Tabakregie beschäftigten Person stieg von ungefähr 850 Kronen im Jahre 1913 auf 10 917 Kronen im Jahre 1922. Im Jahre 1924 wird dieser Durchschnittslohn ungefähr 20 Prozent niedriger sein, da bei den Teuerungszulagen, die während des Krieges eingeführt und später erhöht worden sind, ein Abbau vorgenommen wurde. Die Indexziffer stand im Dezember 1924 auf 1028. Ende 1924 hatte die tschechoslowakische Tabakarbeiterorganisation, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen ist, 5000 Mitglieder, und zwar 4500 Aktive und 500 Pensionisten. Von den Mitgliedern sind ungefähr 800 Männer und 4200 Frauen. Außerdem gibt es eine deutsche Tabakarbeiterorganisation, die auch auf freigewerkschaftlichem Boden steht und ungefähr 5000 Mitglieder (4000 Aktive und 1000 Pensionisten) hat. Dann gibt es unter den Tabakarbeitern noch eine christlichsoziale Organisation tschechischer Nationalität mit ungefähr 700 Mitgliedern, eine gleiche deutscher Nationalität mit rund 1500 Mitgliedern, eine Organisation der slowakischklerikalen Partei mit einigen hundert Mitgliedern, eine Organisation der tschechischnationalen Tabakarbeiter mit rund 2000 Mitgliedern, eine Organisation der deutschnationalen Tabakarbeiter mit einigen hundert Mitgliedern, ein Verein der Professionisten der Tabakfabriken mit ungefähr 150 Mitgliedern, ein Verein der Werkführer und Portiere mit rund 250 Mitgliedern und ein Verein der Beamten der Tabakregie mit ungefähr 300 Mitgliedern. Insgesamt gibt es also neun Organisationen bei knapp 17 000 Beschäftigten. Etwas weniger wäre mehr. Die Arbeitszeit ist in den Tabakfabriken und Tabakübernahmehagazinen auf wöchentlich 48 Stunden festgesetzt, wobei der Samstagnachmittag frei bleibt. In den Fabrikatverschleißmagazinen wird an den sechs Wochentagen je sechs Stunden gearbeitet. Urlaub gibt es nach dreijähriger Beschäftigung drei Tage, nach neunjähriger sechs Tage, nach 15jähriger neun Tage und nach 21jähriger 12 Tage. Anspruch auf Pension hat, wer nach fünf Dienstjahren arbeitsunfähig wird. Wer 60 Jahre alt wird und 35 Dienstjahre hinter sich hat, kann ohne ärztliche Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit pensioniert werden.

Verbandsteil.

Am 11. Juli ist der 28. Wochenbeitrag fällig.

Alle Zahlstellenverwaltungen,

welche ihre Abrechnung für das zweite Quartal bisher nicht aufgestellt haben, müssen sofort damit beginnen. Die aufgestellten und revidierten Abrechnungen sind dann mit den dazu gehörigen Belegen an den Vorstand in Bremen zu senden. Ebenso sind alle überschüssigen Gelder und außer Kurs gesetzten Beitragsmarken an den Vorstand zu senden. Die Namen der Zahlstellen, die ihren Verpflichtungen nicht bis zum 3. Aug. nachkommen, werden im „Tabak-Arbeiter“ bekanntgegeben.

Gesucht werden:

Zigarrenarbeiter und Wickelmacher nach Westpreußen. Ein tüchtiger junger Zigarrenarbeiter, der sich selber Wickel macht, nach Brandenburg. Nachfragen bei Georg Fischer, Berlin SO 36, Ratiborstraße 3, L.

Als verloren gemeldet sind:
 Mitgliedsbuch S III 2532, lautend auf Anna Görtzschacher
 aus Ellwangen, geb. 1. 12. 1876 (150/10. 25).
 Das Buch ist im Vorzeigungsfalle einzuziehen und an den Ver-
 bandsvorstand einzujenden.

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 3. Juni: Viebrich 20,—
 - 8. Kl.-Krohenburg 62,80.
 - 9. Frankfurt a. M. 41,—
 - 12. Dresden 500,—
 - 14. Leipzig 200,—
 - 18. Wiesbaden 20,—, Dresden 1500,—, Schöned 100,—
 - 23. Marburg 85,80.
 - 24. Dresden 1000,—
 - 25. Hamburg 300,—, Heilbronn 400,—
 - 26. Destringen 100,—, Mannheim 100,—
 - 27. Brieg 203,—, Hildorf 60,—, Bischofswerda 125,—, Franken-
 stein 40,38, Biberach-Riß 20,—, Unteröwisheim 100,—, Beerfelden 70,—,
 Gehlenbeck 550,—, Lutzenau 40,—, Darmstadt 10,89, Glauchau 14,—,
 Neudamm 100,—, Hanau 50,—, Danzig 100,—, Köln 150,—, Schwedt
 1100,—, Dresden 1000,—
 - 28. Holzhausen 70,—
 - 29. Dillenburg 42,14, Rehme 100,—, Biedenbach 40,—, Trier 100,—,
 Derlinghausen 50,—, Enger 200,—, Westerenger 100,—, Pölzig 100,—,
 Bergedorf 35,—, Glückstadt 37,—, Burgdamm 200,—, Zerbst 25,—,
 Plön 75,—, Pirna 100,—, Buttenhausen 20,—, Speyer 200,—, Schwen-
 ningdorf 300,—, Friesenheim 200,—, Oberweier 150,80, Penig 45,—,
 Bruchsal 50,—, Goldschauer 13,46, Heidelberg 100,—, Künzelsau 40,—,
 30. Nordhausen 500,—, Löhne 15,—, Kleinalmerode 225,—,
 Vorsch 50,—, Dingelstedt 41,65, Minden 300,—, Pfungstadt 150,—,
 Ennigloh 450,—, Wusterhausen 10,—, Nauen 15,—, Wegelad 40,—,
 Nordhausen 3150,—, Brotterode 400,—, Neumarkt 50,—, Cottbus 26,95,
 Bamberg 98,60, Naunhof 80,—, Neulautern 77,84, Lampertheim 14,34,
 Heidelberg 100,—, Neufreistett 50,—, Hartha 1100,—, Waldheim 2100,—,
 Berlin 1200,—, Mainz 117,40, Gießen 435,06, Hörtel 31,—, Kl.-Krohen-
 burg 210,—
 - 1. Juli: Königsberg 100,—, Eberbach 46,—, Kirrlach 40,—, Celle
 44,34, Darmstadt 55,—
 - 2. Mannheim 100,—, Südhemmern 150,—, Trebbin 138,—, Witten-
 berge 120,—, Forst i. B. 40,—, Annaburg 20,85, Schönberg 100,—,
 Schwiebus 80,—
 - 3. Wiesbaden 50,—
 - 4. Bremen 400,—
- Bremen, 7. Juli 1925.

J. Krohn.

Wahlergebnisse

Zum Internationalen Tabakarbeiter-Kongress in Brüssel
 sind nachstehend genannte Kollegen als Delegierte gewählt
 worden:

- 1. Wahlkreis: Gottlieb Ostertag, Altona,
 - 2. Wahlkreis: Hermann Schmidt, Nordhausen,
 - 3. Wahlkreis: Richard Berloff, Dresden,
 - 4. Wahlkreis: Ludwig Klein, Heidelberg.
- Vom Vorstand: Johannes Krohn, Bremen.

Außerdem wird Kollege Karl Reichmann, Bremen, als
 Vertrauensmann für Deutschland am Internationalen Tabak-
 arbeiter-Kongress teilnehmen.

Zum 12. Gewerkschaftskongress in Breslau

sind nachstehend genannte Kollegen als Delegierte gewählt
 worden:

- 1. Wahlkreis: Wilhelm Schlüter, Herford,
 - 2. Wahlkreis: Hermann Schmidt, Nordhausen,
 - 3. Wahlkreis: Max Clement, Breslau,
 - 4. Wahlkreis: Heinrich Schomburg, Heidelberg.
- Vom Vorstand: Ferdinand Hufung, Bremen.

Unsern alten Kämpfer
Christian Hansen
 zu seinem
30jährigen Verbandsjubiläum
 die herzlichsten Glückwünsche. Sein
 edles Verhalten und sein gutes Wesen
 sichern ihm einen Ehrenplatz in der
 Arbeiterschaft.
 Die Kolleginnen und Kollegen
 der Zählstelle Hann.-Münden.

Gibt ausgelesene
„Tabak-Arbeiter“
 zu Agitationszwecken an
 unorganisierte Kollegen und
 Kolleginnen weiter!

Kollegen u. Kolleginnen
 werbt unermüdlich für den Verband!



Bilüge,

Gesucht

für Bayerische Tabakfabrik ein in
 der Fermentation von Roh-tabaken
 durchaus bewandertes

Fachmann

Angebote unter „Lebensstellung“ an die
 Verwaltung des Blattes

Heinrich Hagens & Co., Roh-tabak :: Bremen

Fernsprecher: Amt Roland 3946
 Neustadtswall 38
 Bankkonto: Creditbank A.-G., Postcheckkonto: Hamburg Nr. 60275

Sonder-Angebot in Qualitätstabak

Sumatra - Decken:			
Deli-Vollblatt 2. Bg.	Pflüchblatt, hell und reinfarbig	M	4.50
do. 1.	reinfarbig, enorme Deckfähigkeit		3.20
do. 2.	sehr schöne Farben		3.20
do. 3.	sehr deckfähig, Mittelfarben		1.60
do. 2.	braun, aber tadellos brennend		1.60
Deli-Stückblatt 2. Bg.	hell, prima Brand und Geschmack, sehr ergiebig		3.40
Sumatra - Umblatt:			
Feinstes Deli-Gewächs 4. Bg.	Vollblatt, prima Qualität		1.30
do. 3.	leicht und ergiebig		1.30
do. XV	als Decke verwendbar, da tadellos brennend und gut in Farbe		1.40
Java - Umblatt:			
Allerfeinster Bezoeki 3. Bg.	Vollblatt, reif und leicht		1.40
Bezoeki 3. Bg.	Vollblatt, leicht und flott in Brand		1.30
Soemadjang 2. Bg.	Vollblatt, leichtgängig		1.35
Java - Einlage und Umblatt:			
Bezoeki, kerngesund und blattig, meist Umblatt			1.25
do. leicht und flott brennend, Aufleger			1.15
Borstenland-Sandblatt P-Sortierung, sehr blattig			1.05
do. do. kernig, Qualitätstabak			1.10
do. Einlage und Umblatt, prima in Geschmack			1.10
Reboe-Einlage, sehr blattig und gut in Brand und Qualität			0.90
Borstenland-Deckblatt, Brastlerjak, dunkel			1.50
Brasil - Decken:			
Feinste Dannemann-Tabake /PF,	großblattig		3.20
do. do. /PP,	sehr deckfähig		2.50
do. do. /P,	für mittlere Facons		2.00
Brasil - Umblatt:			
Dannemann Kleine Mattas Ia,	nur Umblatt und Deckblatt		1.35
do. do. do. gestredte Blätter			1.10
Brasil - Einlagen:			
Allerfeinste Cruz-Tabake zum Entrippen,	kernig, sauer		1.25
Große Dannemann-Blätter, allerfeinste Qualität			1.05
Kräftige Einlage, Sa Sa, zum Schneiden			0.90
Domingo:			
Umblatt, leicht und flott brennend, /FF			1.00
Rocca-Gewächs, Umblatt und Einlage, /F			0.90
do. Einlage			0.85
Carmen:			
Ia Ia Ia, prima Umblatt, leicht und reif			1.10
Ia, leichte gesunde Einlage			0.90
Havana:			
Buelta Abajo, allerfeinste Qualitätstabake, sauer			3.00
Loke Blätter, gut in Geschmack und Qualität			1.85
Yosgut:			
Garantiert rein Uebersee, Mischung von Java, Sumatra, Brasil, Domingo,			0.90
Carmen, kerngesund, viel Umblatt			
Die Preise verstehen sich per 1/2 kg incl. Zoll. Verpackung wird nicht berechnet. Jedes Quantum erhältlich, jedoch nur an vollständig gemeldete Verarbeiter. Bei erster Bestellung bitte Zollamt angeben.			
Versand erfolgt nur unter Nachnahme oder gegen Vor- einzahlung des Betr.			

Stfedern

— halbweiße G.-M. 4.—
 6.—, 7.—, dünnenweiße
 12.—, 14.—, weiße, un-
 18.—, beste Sorte G.-M.
 rein Nachnahme. Muster
 statet.
E. B. Pilsen-Böhm.

Die neue Unfallgesetzgebung.

Von August Karsten.

Die Neuregelung der Unfallversicherung war schon seit über einem Jahre vom Reichsarbeitsminister angekündigt. Erst Ende März legte die Reichsregierung dem Reichstag den Entwurf über die Änderungen dieses Gesetzes vor. Im Reichstage ist in zwanzig Ausschusssitzungen der Entwurf der Reichsregierung gründlich umgestaltet worden. Die Wünsche der Versicherten und Verletzten sind leider nicht in dem erforderlichen Maße befriedigt worden. Die Gesetzgebung kann nicht als abgeschlossen gelten.

Das Verlangen der Arbeitervertreter, den Kreis der Versicherung zu erweitern, lehnte der Reichstag ab. Die Regierung erklärte, daß diese Frage in einem selbständigen Gesetz geregelt werden soll.

Eine Erweiterung des versicherungspflichtigen Beschäftigungskreises ist dadurch vorgenommen worden, daß der Weg zu und von der Arbeitsstätte in die Versicherung einbezogen wurde. Als versicherungspflichtige Beschäftigung gilt jetzt auch die mit dem Betriebe zusammenhängende Bewahrung, Beförderung, Instandhaltung und Erneuerung des Arbeitsgeräts, auch wenn sie in der Wohnung des Versicherten geschieht.

Die Bemessungsgrundlage der Renten ist verändert worden. Die Renten werden bekanntlich neben dem Grade der Erwerbsunfähigkeit nach der Höhe des im letzten Jahre verdienten Arbeitslohnes berechnet. Jetzt werden die Jahresarbeitsverdienste in folgender Weise geregelt:

Bei den vor dem 1. Juli 1914 Verletzten werden die alten Jahresarbeitsverdienste der Rentenberechnung zugrunde gelegt mit der Maßgabe, daß eine Bervielfältigung eintritt um

1.65,	wenn sich der Unfall ereignet hat in den Jahren	1885 bis	1890
1.60,	"	"	"
1.45,	"	"	"
1.35,	"	"	"
1.25,	"	"	"
1.16,	"	"	"
1.10,	"	"	"
1.00,	"	"	"

Bei den in der Zeit nach dem 30. Juni 1914 bis zum 1. Juli 1924 Verletzten wird als Jahresarbeitsverdienst der Verdienst zugrunde gelegt, den gleichartige Arbeiter heute verdienen. Diese Verdienste werden bei jeder Berufsgenossenschaft nach Gruppen festgestellt. An der Feststellung wirken Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen mit.

Für die nach dem 30. Juni 1924 Verletzten wird ihr wirklicher Jahresarbeitsverdienst der Rentenberechnung zugrunde gelegt.

Bei Saisonarbeitern wird der wirkliche Jahresarbeitsverdienst, und nicht, wie bisher, der ortsübliche Tagelohn den Rentenermittlung zugrunde gelegt. Ebenfalls wird den Nichtstandarbeitern nicht der Ortslohn zugrunde gelegt, sondern der Lohn des letzten Jahres vor Eintritt der Arbeitslosigkeit. In allen Fällen muß aber mindestens das 30fache des ortsüblichen Tagelohnes als Jahresarbeitsverdienst erreicht werden.

Landwirtschaftlichen Arbeitern wird als Jahresarbeitsverdienst nicht mehr der ortsübliche Durchschnittslohn gewährt, sondern ein Durchschnittslohn, der von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission festgestellt wird und der sich nach dem Tariflohn unter voller Anrechnung der Deputat- und sonstigen Bezüge richten muß. Die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge, den in der Landwirtschaft Verletzten Renten nach dem wirklich verdienten Jahresarbeitsverdienst zu berechnen, wurden ebenso abgelehnt wie der Antrag, allen vor dem 1. Juli 1924 Verletzten Renten zu geben, die sich nach den heutigen Löhnen richten.

Die Berechnung der Renten erfolgt künftig in folgender Weise: Als Vollrente gelten 66% Prozent des Jahresarbeitsverdienstes.

Zu den Renten erhalten die Schwerverletzten (zu 50 und mehr Prozent Verletzte) für jedes Kind unter 15 Jahren eine 10prozentige Zulage. Als Kinder gelten auch Stiefkinder und Enkel, an Kindes Statt und für ehelich erklärte sowie uneheliche Kinder. Die Kinderzulage kann auch für Kinder bis zum 18. Lebensjahre gewährt werden, solange sie in Berufsausbildung stehen. Für durch körperliche oder geistige Gebrechen erwerbsunfähige Kinder wird die Kinderzulage ohne Altersgrenze gezahlt. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Kinderzulagen allgemein bis zum 18. Lebensjahre zu gewähren, wurde abgelehnt.

An Stelle der Hilflosenrente tritt jetzt die Pflege. Verletzten, die dauernd fremder Wartung und Pflege bedürfen, muß die Berufsgenossenschaft die erforderliche Wartung gewähren oder eine Pflegezulage zahlen. Diese beträgt monatlich 20 bis 75 M.

Die Bestimmung, daß Jahresarbeitsverdienste, die über 1800 M nur zu einem Teil bei der Rentenberechnung berechnet werden, ist fallen gelassen. Der gesamte Verdienst bis 8400 M wird bei der Rentenberechnung jetzt mit berücksichtigt.

Hinterbliebene, Witwen und Waisen erhalten wie bisher eine Rente von je 20 Prozent des vollen Jahresarbeitsverdienstes, insgesamt aber nicht mehr als 80 Prozent desselben. Erwerbsunfähige Witwen erhalten 40 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes. Angehörige der aufsteigenden Linie, die vom Verletzten ganz oder überwiegend erhalten wurden, erhalten, soweit Witwen und Waisen den Höchstbetrag nicht in Anspruch nehmen können, ebenfalls Hinterbliebenenrente. Auch hier lehnte man die weitergehenden Anträge der Sozialdemokraten ab. Die Forderung der Sozialdemokraten, den Witwen,

Gegen den Abbau der Wochenhilfe.

Der Vorstand unseres Verbandes hat dem Reichsarbeitsministerium das nachstehende Schreiben geschickt:

„Der dem Reichsrat vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Wochenhilfe gibt uns Veranlassung, an das Reichsarbeitsministerium das dringende Ersuchen zu richten, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen oder grundlegend zu ändern. Insbesondere sind es die vorgeschlagenen Bestimmungen über die Kürzung des Wochengeldes und die Ablösung des Stillgeldes, die den Widerspruch aller derjenigen herausfordern müssen, denen das Wohl von Mutter und Kind höher steht als die Beseitigung von Schwierigkeiten vermålungstechnischer Art. Diese Schwierigkeiten werden nämlich in der Hauptsache zur Begründung der vorgeschlagenen Verschlechterungen angeführt.“

Wir brauchen dem Reichsarbeitsministerium gegenüber wohl nicht erst zu beweisen, daß gerade in den ersten Wochen nach der Entbindung besondere Aufwendungen für Mutter und Kind gemacht werden müssen, deren Bestreitung schon deshalb außerordentlich schwer fällt, wenn nicht gar unmöglich ist, weil in jener Zeit Einnahmen aus der Erwerbstätigkeit, die sonst ausgeübt wird, vollständig fehlen. Dazu nun auch noch das Wochengeld kürzen zu wollen, ist ein Unterfangen, das bei allen sozial veranlagten Menschen nur ein Kopfschütteln her-

vorrufen kann. Ist sich das Reichsarbeitsministerium nicht darüber klar, daß eine Kürzung des Wochengeldes zu einer Einschränkung der Ernährung und Aufwertung der Wöchnerin führen würde, die nicht nur eine Schädigung der Gesundheit für die Mutter, sondern auch für das Kind zur Folge hätte? Nicht Kürzung des Wochengeldes, sondern Erhöhung desselben muß das Lösungswort aller einsichtigen Sozial- und Bevölkerungspolitiker sein.

Die Kürzung des Wochengeldes um ein Viertel kann auch nicht durch die geplante Erhöhung des einmaligen Beitrages zu den Entbindungskosten von 25 auf 80 M ausgeglichen werden; denn mit diesem erhöhten Beitrag soll auch eine Ablösung des bisher gewährten Stillgeldes verbunden sein. Nun sind fast alle Kenner der Verhältnisse darüber einig, daß seit der Einführung des Stillgeldes die Zahl der Mütter, die ihre Neugeborenen stillen, bedeutend zugenommen hat. Diese so außerordentlich günstige Entwicklung würde mehr als gehemmt werden, wenn die vom Reichsarbeitsministerium vorgeschlagenen Verschlechterungen der Wochenhilfe bei den gesetzgebenden Körperschaften Annahme finden sollten. Wenn der Volksgesundheit nicht unermeßlicher Schaden zugefügt werden soll, dann muß auch in Zukunft der stillenden Mutter eine laufende Unterstützung gewährt werden, damit sie nicht durch die Not gezwungen wird, vorzeitig zur Erwerbstätigkeit zurückzukehren und das Stillen aufzugeben. Mit der Weiterzahlung des Stillgeldes wäre aber auch die Gewähr gegeben, daß nicht

deren Männer nicht an den Unfallfolgen gestorben sind, aber wenigstens 50 Prozent erwerbsbeschränkt waren, ebenfalls Witwenrente zu zahlen, wurde abgelehnt. Schließlich erkannte man doch die Notwendigkeit an, diesen Witwen ein einmaliges Witwengeld in Höhe von 40 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zu gewähren.

Einem sozialdemokratischen Antrag entsprechend, wurde gegen die Stimmen der Rechten beschlossen, daß Renten infolge der jetzigen Neuregelung nicht gekürzt werden dürfen. Alle Änderungen in bezug auf Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes und Berechnung der Renten treffen nicht nur auf die Neuunfallrentner, sondern auch auf die Altunfallrentner zu.

Das neue Gesetz bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand und zum Teil auch gegenüber den Vorkriegsverhältnissen eine Verbesserung. Diese Verbesserung reicht aber bei weitem nicht aus, um den berechtigten Forderungen der Unfallverletzten Rechnung zu tragen. Es ist ja auch bezeichnend, daß die Regierungsparteien in der ersten Beratung im Ausschuß eine Reihe von Bestimmungen mit beschlossen, die eine sehr viel bessere Rentenregelung vorsahen. Erst durch den scharfen Widerstand der Arbeitgeber und der Berufsgenossenschaften sahen sich die Regierungsparteien gezwungen, von ihren ursprünglichen Forderungen zum Teil sehr erhebliche Abstriche zu machen. Gegen ihre bessere Ueberzeugung beugten sie sich dem Diktat der Arbeitgeber. Bezeichnend ist, daß im Plenum der Redner der Regierungsparteien erklärte, daß die jetzige schwere Zeit keine Möglichkeit biete, großzügige Sozialreform durchzuführen. Damit ist zu erkennen gegeben, daß die Regierungsparteien selbst dieses Gesetz nicht als eine endgültige Regelung betrachten. Die Arbeiterschaft muß mit den Unfallrentnern zusammenwirken, damit eine ausreichende endgültige Unfallgesetzgebung zustandekommt.

Die eigentlichen Ursachen der Unruhen in China.

Von J. W. Brown, Sekretär des I. G. B.

Vor 20 Jahren gab es in China zwei moderne Baumwollfabriken, heute beträgt ihre Zahl 115. 49 dieser Betriebe entfallen auf Shanghai. Diese Feststellung des Chinesischen Informationsbureaus in London gibt einen Begriff von der gewaltigen industriellen Entwicklung Chinas in den letzten zwei Jahrzehnten. In diesem Zusammenhang kann auch darauf hingewiesen werden, daß man anstelle der jetzigen fremden Ansiedlungen in Shanghai noch vor einem Menschenalter nur verumpfte Felder und Reiskulturen fand. Heute zählt die Stadt über eine Million Einwohner und ist einer der größten Häfen der Welt. Das inmitten des Kohlen- und Eisengebietes gelegene Hankou hat 1 500 000 Einwohner. Die Einwohnerzahl Kantons beträgt 950 000, diejenige Peking's 811 566 Seelen. Allein im Yangtse-Tal wurden in den letzten drei bis vier Jahren 53 Fabriken und 26 Kraftwerke gebaut, ferner findet man in diesen Gebieten 18 Transportunternehmungen, 16 Baumwollfabriken, 12 Bergwerksgesellschaften und zahlreiche andere Unternehmungen. Es gibt wenige

fremdländische Haushaltsartikel, die nicht in modernen Betrieben in China fabriziert werden. Obwohl noch 80 Prozent der Bevölkerung Chinas in der Landwirtschaft beschäftigt sind, findet man insgesamt doch über eine Million chinesische Arbeiter in modernen und halbmodernen Fabriken. Da die Gesamtbevölkerung auf 400 Millionen Seelen geschätzt wird, kann man sich denken, welche Möglichkeiten industrieller Entwicklung sich ergeben, falls sich die Kapitalisten dieses unerschöpfliche Menschenreservoir zunutze machen, was weiter keine Schwierigkeiten bietet, da die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter unter den traurigsten Verhältnissen leben und deshalb die Gelegenheit gern ergreifen, ihre Kinder in die Fabriken zu schicken, selbst unter den schlechtesten Lohnverhältnissen. Das schnelle Vorwärtsschreiten des modernen Industrialismus, das Vorhandensein einer gewaltigen Menschenmasse mit tiefwurzelnden Neigungen zur Unterwürfigkeit und tiefstem Lebensstandard, dies sind die Schwierigkeiten, denen die chinesische Arbeiterbewegung gegenübersteht.

Die chinesischen Arbeiter haben die große Aufgabe bereits in Angriff genommen, um den Lebensstandard zu verbessern und die Lohnsklaven zu klassenbewußten Arbeitern heranzuziehen. Die Bewegung, wie sie heute in Erscheinung tritt, ist nicht von einem Tag auf den andern entstanden. Der Krieg war für die ganze Welt ein Weckruf. Unter den Professoren und Studenten gährte es schon lange, die Presse tat das ihrige und die großen Massen der chinesischen Arbeiter legten verschiedentlich Zeichen der Unruhe an den Tag.

Schon im Jahre 1920 fand im Regierungsbezirk Kanton ein erfolgreicher Streik der Maschinenbauer statt. Seither konnte in allen Berufen rege Betriebsamkeit beobachtet werden, die sich hauptsächlich in zwei Symptomen geltend machte: es kam zu allerhand Streiks und zur Errichtung von Gewerkschaften. In diesem Zusammenhang ist vor allem der im Mai 1922 in Kanton abgehaltene Allgemeine Arbeiterkongreß von Wichtigkeit, dem ungefähr 160 Delegierte beiwohnten. Von größter Bedeutung war auch der im Jahre 1922 in Hongkong durchgeführte Streik der Seeleute, der ebenfalls mit einem Sieg der Arbeiter endigte. Der Seeleuteverband kämpfte damals gegen die rohe Behandlung, den 14stündigen Arbeitstag und eine Lebenshaltung, in der die Arbeiter dem schlimmsten Hunger preisgegeben waren. Da auf ihre Petition keine Antwort erfolgte, traten 15 000 Seeleute in den Streik. Die britische Regierung in Hongkong erklärte den Seeleuteverband als ungesetzlich. Hierauf setzte ein Sympathiestreik ein, an dem sich etwa 50 000 Kulis, Hausangestellte und andere ungelernete Arbeiter beteiligten. Dieser Streik dauerte nahezu drei Monate und zeitigte Lohnerhöhungen von etwa 15 bis 30 Prozent.

Ein weiterer, bedeutungsvoller Streik war derjenige des Monats Februar 1925 in den Baumwollfabriken in Shanghai, der auch auf das Verkehrspersonal, die Hafenarbeiter, die Arbeiter der Wasserwerke und diejenigen der englisch-amerikanischen Tabakindustrie übergriff. Aus objektiven Berichten kann ersehen werden, daß auch dieser Streik eine Folge der unmenschlichen Ausbeutung der chinesischen Arbeitskräfte war.

wenige stillende Mütter von Zeit zu Zeit die Säuglingsfürsorgestellten auffuchen und dort für sich und ihr Kind guten Rat erhalten.

Aber nicht nur die vorgeschlagenen Bestimmungen über die Kürzung des Wochengeldes und die Ablösung des Stillgeldes sind es, gegen die wir uns wenden müssen. Auch die vorgesehene Streichung des einmaligen Beitrages zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden, wenn keine Entbindung stattfindet, können wir als berechtigt nicht anerkennen. Dasselbe gilt von dem Antrag, wonach Wöchnerinnen, für die die Familienhilfe in Betracht kommt, nicht mehr Wochengeld erhalten müssen, sondern nur noch können. Da wir eine solche Notwendigkeit für alle diese Verschlechterungsanträge nicht finden können, so bleibt für uns keine andere Schlussfolgerung übrig, als daß sie von dem Bestreben diktiert sind, die den Sozialreaktionären schon lange lästige Wochenhilfe noch und noch abzubauen. Dazu sollte aber ein Reichsarbeitsministerium seine Hand nicht bieten.

Aus allen diesen Gründen ersuchen wir nochmals dringend darum, den dem Reichsrat vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über Wochenhilfe zurückzuziehen oder grundlegend zu ändern. Wir glauben zu diesem Ersuchen besonders berechtigt zu sein, weil annähernd 80 Prozent der von uns vertretenen Mitglieder weiblichen Geschlechts sind, die an der Gestaltung der Wochenhilfe ein außerordentliches Interesse haben."

Die weiblichen Mitglieder unseres Verbandes werden es sicher begrüßen, daß der Vorstand auch auf dem Gebiete der Wochenhilfe ihre Interessen vertritt. Es ist nun notwendig, daß sich die Tabakarbeiterinnen überall mit der Vorlage des Reichsarbeitsministeriums beschäftigen und ihre Meinung über den geplanten Abbau der Wochenhilfe unzweideutig zum Ausdruck bringen. Worauf es in der Hauptsache ankommt, ist aus dem Schreiben unseres Verbandsvorstandes an das Reichsarbeitsministerium zu ersehen. Außerdem geben die Ausführungen des Genossen Mattutat im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 20 und die des Genossen Albert Rohn im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 23 Aufklärung über den Entwurf eines Gesetzes über Wochenhilfe.

Frauen, wehrt Euch!

Von Klara Bohm-Schuch.

Die arbeitenden Massen des deutschen Volkes stehen im härtesten Daseinskampf. Die äußeren und inneren Zerrüttungen des Krieges könnten bei gerechter Lastenverteilung langsam überwunden werden. Aber die Hindenburg-Luther-Regierung will mit allen Mitteln den Kurs zum entgegengesetzten Ziele nehmen. Teure Lebenshaltung und niedrige Löhne verelenden unser Volk, treiben große Massen in dumpfe Hoffnungslosigkeit und machen sie unfähig zur Abwehr dieser Zu-

In diesem Falle handelte es sich vor allem um die Behandlung, die den chinesischen Arbeitern von Seiten der japanischen Kapitalisten zuteil wurde. Wie in früheren Fällen lauteten die Klagen vor allem dahin, daß die Arbeitszeit eine übermäßig lange sei und die Arbeiter in den Fabriken geschlagen und mißhandelt wurden.

Während sich der Streik vom Februar 1925 zum größten Teil gegen die japanischen Kapitalisten richtete, handelte es sich in anderen Fällen wieder um die englischen oder amerikanischen Unternehmer. Da man in China von sozialer Gesetzgebung noch nichts weiß, betrachten die ausländischen Kapitalisten dieses Land für ihre Zwecke ganz besonders geeignet. Zudem werden sie in ihrer Ausbeutung von den Regierungen der fremden Mächte, die stets alles taten, um in China die Bildung einer finanziell tragfähigen und tatkräftigen Regierung zu verhindern, unterstützt.

Wenn man die Ereignisse der neuesten Zeit überblickt, d. h. die Streiks, die Aufstände gegen die fremden Kapitalisten, die Forderungen auf soziale Gesetze usw., so muß man sich ohne weiteres sagen, daß man es hier nicht mit einer plötzlich aufflackernden Bewegung, sondern mit einem neuen Stadium eines Entwicklungsprozesses zu tun hat, dessen Ende vorläufig gar nicht abzusehen ist.

Die Äußerungen der bürgerlichen Blätter, daß es sich in China fast ausschließlich um Manifestationen des chinesischen Nationalismus handle, müssen mit Vorsicht aufgenommen werden. Natürlich spielen auch nationale Bestrebungen eine Rolle, vor allem tritt aber jener Geist in den Vordergrund, den wir bei jeder Nation beobachten können, die das Joch abzuwerfen versucht, das ihr von fremden Mächten oder Kapitalistengruppen auferlegt wird. Seit Menschengedenken lebte Japan in einer Art Knechtschaft unter den fremden kapitalistischen Mächten. Es ist ihm gelungen, das fremde Joch abzuwerfen und die Gleichstellung mit anderen Mächten zu erzwingen. Diese Tatsache ist an sich von großer Bedeutung. Versuche, die gegenwärtigen Aufstände in China zu unterdrücken, mögen zeitweilig von Erfolg gekrönt sein, doch wird die anti-imperialistische und anti-kapitalistische Bewegung im fernen Osten ohne Zweifel in nächster Zeit schnelle Fortschritte machen. —

Lohn- und Tarifbewegungen.

Aus der Zigarettenindustrie.

Kalender a. M. Vom 27. Juni an gelten folgende Wochenlöhne für

im Alter von	Hilfsarbeiter	Tabakarbeiter und Messerstecher
17 bis 19 Jahren	26,50 M	28,50 M
19 bis 21 Jahren	30,50 M	32,50 M
über 21 Jahre	40,00 M	42,00 M
	Hilfsarbeiterinnen	Arbeiterinnen in der Tabakabteilung
16 bis 18 Jahren	17,50 M	19,50 M
18 bis 20 Jahren	21,00 M	23,00 M
über 20 Jahre	24,00 M	26,00 M

stände. Damit hat die politische und wirtschaftliche Reaktion in Deutschland seit Jahren ihre Rechnung gemacht. Stumpfheit und absolute politische Unreife, die alle Versprechungen der Deutschnationalen glaubte, haben es ermöglicht, daß wir vier deutschnationale Reichsminister und einen Herrn v. Hindenburg als Reichspräsident an der Spitze der Deutschen Republik haben. Durch eine solche Zusammensetzung der Regierenden sollte Deutschland „gerettet“ werden. Und Millionen Männer und Frauen glaubten an diese „Rettung“. Glauben sie noch? Die steuerlichen Belastungen der besitzlosen Massen sind härter geworden, die kleinen Sparer sind um ihre Hoffnungen genarrt, und die Hausfrauen müssen schon jetzt Brot und Fleisch teurer bezahlen.

Aber mit all dem ist es den Rettern nicht genug. Eine Schutzollmauer wollen sie um Deutschland bauen, damit künftig keine Auslandsware den lieben Großagrariern und Großindustriellen Konkurrenz machen kann. Einen „lückenlosen“ Zolltarif legt die Regierung dem Reichstag vor. In dem Zolltarif von 1902 befanden sich nämlich Lücken. Da wurde zwar der Großlandwirtschaft für Getreide ein hoher Zoll bewilligt und damit für Millionen hart schaffender Menschen der Bissen Brot im Munde verteuert. Aber die Kartoffel, dieses wichtigste Nahrungsmittel der Armut, blieb damals von der direkten Zollabgabe frei. Nur soll diese „Lücke“ geschlossen werden: Nicht nur Getreide soll verteuert werden, sondern auch Spätkartoffeln sollen einen Zollsatz von 2 M pro Zentner bekommen. Also

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz.

Der Vorstand des ADGB hat zum 6. und 7. August d. J. die 8. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit einberufen. Die Tagesordnung lautet:

1. Unsere Jugendarbeit seit dem Leipziger Kongress. (Berichterstatter Walter Maschke, ADGB.)
2. Jugend und Beruf. (Referent: Ernst Niekisch, Deutscher Textilarbeiter-Verband.)
3. Gewerkschaften und Berufsschule. (Referent: Paul Koske, Berlin.)
4. Die Berufsausbildung in der Gesetzgebung:
 - a) Der neue Gesetzentwurf. (Referent: Richard Timm, Deutscher Holzarbeiter-Verband.)
 - b) Die praktische Mitwirkung der Gewerkschaften an der Regelung der Lehrverhältnisse. (Referent: A. Fülle, Verband der Deutschen Buchdrucker.)

Gegen das Tabaksteuerrecht.

In einer Funktionärversammlung der Leipziger freien Gewerkschaften am 16. Juni wurde nachstehende Entschließung an den Deutschen Reichstag einstimmig angenommen:

Die am 16. Juni im großen Saale des Leipziger Volkshauses versammelten Funktionäre der Gewerkschaften protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die dem Reichstag unterbreiteten Gesetzentwürfe über Verbrauchssteuer, insbesondere gegen den Tabaksteuergesetzentwurf, der eine Erhöhung der Steuerhöhe um 25 bis 100 Prozent, und daneben eine Erhöhung des Eingangszolles auf ausländischen Tabak um 166% Prozent vorsieht. Die Folgen der Annahme dieses Gesetzes würden einen großen Rückgang des Konsums, und damit verbunden, eine große Arbeitslosigkeit von Tausenden von Tabakarbeitern und -arbeiterinnen hervorrufen, und diese damit in großes Elend stoßen. Die Versammelten erluchen darum um Ablehnung dieses Gesetzes von Seiten des Reichstages.

Eine Entschließung des Tabakarbeiterverbandes, beim Gewerkschaftskongress in Breslau den Antrag zu stellen, daß die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, Abt. Produktion, aus den Arbeitgeberverbänden austritt, kam nicht zur Abstimmung, weil die Funktionärversammlung hierzu nicht zuständig ist. Der Tabakarbeiterverband soll die andern Gewerkschaften zur Einreichung ihrer Entschließung an den Gewerkschaftskongress auffordern.

Rundschau.

Bevölkerungsbewegung.

Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamts sind im Jahre 1924 im Deutschen Reiche rund 440 000 Ehen geschlossen worden. Das sind rund 141 000 weniger als im Jahre 1923 und rund 22 000 weniger als im Jahre 1913 auf dem gleichen Gebiet. Am heiratslustigsten sind die Hamburger und Berliner, von den Ländern steht an letzter Stelle Württemberg und Hohenzollern.

werden auch die inländischen Kartoffeln im Haushalt 2 M teurer werden. Dann kostet der Zentner Kartoffeln anstatt 3 bis 4 M künftig 5—6 M. Aber auch Reis, Hülsenfrüchte, rohes Fleisch, Schmalz, Butter, Käse, Büchsenmilch, Margarine und manches andere wird durch den Zoll so im Preise verteuert werden, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft bis zur Unerträglichkeit sinken muß. Auch der größte Teil der Landbevölkerung, die Häusler und Kleinbauern und die Landarbeiter, haben keinen Vorteil von den erhöhten Preisen. Für die wenigen Zentner Getreide oder Kartoffeln, die sie verkaufen können, müssen sie Futtermittel, die durch den Zolltarif ebenso verteuert werden, wiederkaufen. Aber es sind ja auch hohe Industriezölle geplant, so daß Wäsche, Kleider, Schuhe, Haus- und Arbeitsgerät, kurzum alles, was zur Lebenshaltung nötig ist, eine „lückenlose“ Verteuerung erfährt. Die Kaufkraft wird weiter sinken und Arbeitslosigkeit in vielen Berufen wird die weitere Folge sein. Dabei sehen wir aber schon jetzt, wie dieselben Kreise, die diese schändliche Aushungerung des Volkes wollen, jeden Lohnkampf der organisierten Arbeiterschaft mit den brutalsten Mitteln zu verhindern versuchen.

Die Regierung will die Verelendung der Masse, um ihr schließlich, wenn sie stumpf zusammensinkt oder verzweifelt aufbegehrt, auch das letzte Gut, die politische Gleichberechtigung im Staat, zu nehmen. Dann erst hätten die „Patrioten“ ihr Ziel erreicht. Sie bemühten sich ja immer in eigener Weise um das Wohl von Volk und Vaterland. Kaiser, Landrat und Dorfschulze

Geboren wurden in dem gleichen Jahre rund 1 311 000 Kinder einschließlich der Totgeborenen. Damit ist auf 1000 Einwohner berechnet der tiefste Stand erreicht; die Geburtenziffer steht nur noch ganz wenig über der französischen. Oberschlesien und Ostpreußen sind von allen Provinzen und Ländern im deutschen Gebiet die geburtenreichsten. Ueberall läßt sich aber ein Geburtenrückgang feststellen, mit Ausnahme von Berlin, wo im Berechnungsjahre eine Steigerung eingetreten ist. Der Geburtenrückgang betrug über das ganze Reich berechnet im Jahre 1924 auf 1000 Einwohner 8,9 gegen 12,6 im Jahre 1913.

Bemerkenswert ist, daß die Sterblichkeit gesunken ist. Es sind im ganzen 802 168 Sterbefälle, einschließlich der Totgeborenen, errechnet. Das sind auf 1000 Einwohner der Bevölkerung 3,7 weniger als im Jahre 1913. Die Säuglingssterblichkeit ist erheblich gesunken. Als Todesursachen haben Masern, Herzkrankheiten, Krebs, Selbstmord, Mord und Totschlag zugenommen, dagegen ist eine starke Abnahme der Infektionskrankheiten — ausschließlich Masern — eingetreten.

Aus den Zahlen ergibt sich eine fortdauernde Steigerung der Bevölkerungsziffer. Die gegenwärtig in der Republik anässige Bevölkerung wird auf 64 Millionen geschätzt, gegenüber rund 60 Millionen vom 8. Oktober 1919. Die starke Geburtenabnahme wird durch die verminderte Sterblichkeit ausgeglichen.

Steigende Indeziffern.

Die Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstigen Bedarf) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juni 138,3 gegen 135,5 im Vormonat. Sie hat sich also um 2,1 v. H. erhöht. Nach der alten Methode würde die Indeziffer für den Monat Juni 128,2 betragen, also ebenfalls um 2,1 v. H. höher sein als im Mai (125,6). Die Steigerung ist auf das Anziehen der Ernährungsausgaben, besonders der Preise für Rindfleisch, Gemüse, Milch und Eier, zurückzuführen.

Die auf den Stichtag des 1. Juli berechnete Großhandelsindeziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 24. Juni (134,2) um 0,5 Prozent auf 134,9 gestiegen. Höher lagen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Butter, Schmalz, Zucker, Rind- und Schweinefleisch, Hopfen, Rindshäute, Kalbfette, Treibriemenleder, Baumwolle, Achsute, Leinengarn und Kupfer. Gesunken sind die Preise für Gerste, Hanf, Wolle und Blei. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 133,9 auf 135,0 oder um 0,8 Prozent angezogen; die Industriestoffe blieben mit 134,9 unverändert. Für den Durchschnitt Juni ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindeziffer von 131,9 im Durchschnitt Mai auf 133,8 oder um 1,4 Prozent.

Das soziale Elend der Massen

kommt in einer Statistik besonders deutlich zum Ausdruck, die wir in den „Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin“ finden. Diese Statistik sucht das Volkseinkommen festzulegen, das das deutsche Volk vor und nach dem Kriege gehabt hat. Natürlich schwanken die Zahlen bei den ver-

schiedenen Berechnern ein wenig, doch beträgt das Volkseinkommen heute rund 20 Milliarden Mark gegen 40 Milliarden Mark vor dem Kriege. Damit ist das Volkseinkommen also um die Hälfte zurückgegangen. Was das bedeutet, zeigt uns ein anderes Stück dieser lehrreichen Statistik. Danach betrug die Kopfquote, also das Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung, im Jahre 1924 nur rund 250 M. Natürlich sind hierbei Kinder und dergleichen Personen mitgerechnet. Aber immerhin beweist uns diese Zahl, wie niedrig das Einkommen auf den Kopf des arbeitenden Menschen ist. Und wenn man dann bedenkt, daß Scharen dieser wirtschaftlich für die Statistik in Betracht kommenden Menschen ein gutes, ja, ein glänzendes Einkommen haben, dann können wir ermessen, wie große Massen unseres Volkes mit einem nur allzu erbärmlichen Einkommen zufrieden sein müssen. Wenn etwas, dann offenbaren uns diese Zahlen den ganzen Widersinn und die ganze soziale Ungerechtigkeit der heutigen Wirtschaftsordnung und die Notwendigkeit des Kampfes zu wirtschaftlich anderen und damit auch sittlich besseren Zuständen.

Unorganisierte sind wie die Hummer.

Unorganisierte Arbeiter, also Arbeiter, die sich nicht selber helfen wollen, ähneln in verdächtiger Weise den Hummern und Krabben. Wenn ein Fischer einen Eimer voll dieser Krustentiere gefangen hat, so hat er es nicht nötig, ihr Gefängnis zu schließen. Sobald ein Kruster den Versuch macht, über den Rand des Eimers die Freiheit zu gewinnen, packen ihn die andern sofort mit den Scheren und ziehen ihn wieder zurück. Der Fischer braucht also keinen Aufseher. Ein Gefangener verhindert immer die Flucht des andern. So wandern sie alle lebendigen Leibes in das kochende Wasser, weil sie zu dumm sind, sich gegenseitig zu helfen.

So hängen sich die Unorganisierten an die zur Vernunft gekommenen Leidensbrüder, so hängen sie wie ein Bleikloß am Bein der organisierten Arbeiter und stören den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. So werden sie zu Schützern des Geldsacks und vergehen lebendigen Leibes in den Qualen der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft.

Kolleginnen und Kollegen, zwingt die Unorganisierten an ihren Platz in der Organisation und laßt euch nicht länger von ihnen in das stumpfsinnige Elend und qualvolle Ende der Krustentiere hineinziehen.

Auf zur Agitation!

Gestorben sind:

Am 8. Juni die Wickelmacherin Frieda Streil, 28 Jahre alt (Zahlstelle Bisnig).

Am 8. Juni die Juristlerin Auguste Heerde, 68 Jahre alt (Zahlstelle Großenhain.)

Am 15. Juni der Zigarrenmacher Bernhard Ahl, 62 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Ehre ihrem Andenken!

von Junkers Gnaden regierten „leutselig“. Das „Volk“ brauchte sich nicht mit politischen Gedanken zu beschweren, es hatte nichts zu sagen in Staat und Wirtschaft; nur arbeiten durfte es, ungestört arbeiten zum Wohle der herrschenden Klassen und „glücklich“ sein. Dann kam der Krieg. Die „Glückseligkeit“ der breiten Volksmassen wurde gesteigert: sie durfte Opfer bringen. Opfer an Leben, Gesundheit, Gut, Glück und Moral, wie sie die Weltgeschichte noch nicht kannte. Und die Frauen? Sie brauchten nicht etwa abseits zu stehen; das ganze Volk opferte. Natürlich mit einigen Unterschieden. Die Frau z. B., die in harter Arbeit das Brot schaffen mußte für sich und ihre Kinder (zuerst 1900, dann 1400 Gramm pro Kopf und Woche, gebacken aus Mehl mit Kartoffeln gemischt), weil der Mann im Felde stand, trug das letzte, gemeinsam ersparte Goldstück zur Goldsammelstelle, während manche Dame der Gesellschaft Goldgerät und Schmuck als Familienbesitz treu hütete. Das kleine Fabrikmädel gab ihr Aluminium-Kochgeschirr ab, in dem sie sich auf sonntäglicher Wanderschaft die dünne Suppe gekocht, aber das Kupfergeschirr im königlichen Schloßküchen blieb erhalten. Diese Verteilung der Opfer ging ohne viel Geräusch vor sich, denn die Frauen — und sie waren ja zum größten Teil das Heimatvolk — hatten damals nichts zu sagen. Ich glaube, es ist jetzt Zeit, an jene Jahre der Not und des Krieges zu erinnern, weil die Zollpolitik der Regierung Schranken gegen die Verständigung mit den andern Völkern aufrichten will.

Hunger, Entrechtung und Völkerverwirrung sind die Gespenster, die vor uns stehen; sie dürfen nicht Wirklichkeit werden. Um unserer Kinder willen nicht. Die Frauen, die Mütter müssen sich dagegen wehren. Sind sie es doch, die zuerst zermürbt werden von der fürchterlichen Alltagsorge: was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir die Kinder bekleiden! Der Körper wird krank, die Nerven gereizt, der Geist eng und klein bei dem Pfennigrechnen vom Morgen bis zum Abend. Diese bittere Alltagsorge tötet jede Freude, vergiftet das reichste Familienglück. Und darum müssen die Frauen den Kampf gegen die weitere Verelendung mit klarem Willen und klarem Ziel führen. Lädenstürmen und ähnliche Verzweiflungsakte lehnen wir ab, weil sie keinem Hungernden nützen und nur der politischen Reaktion dienen. Aber überall sollten in diesen Wochen die Frauen zusammenkommen, Aufklärung suchen und schaffen über das, was den breiten Massen durch den Zolltarif droht. Jede Frau, die einer Partei rechts von der Sozialdemokratie ihre Stimme gab, mußte jetzt ihren Abgeordneten in Briefen und Versammlungen sagen, daß diese neuen Belastungen der breiten Volksmassen nicht erfolgen dürfen, weil sie nicht mehr ertragen werden können. Aus ihren Zeitungen aber erfahren diese Frauen den Stand der Dinge nicht, darum muß jede sozialistisch gesinnte Frau jetzt zur Agitatorin gegen den Zolltarif werden. Gegen den Zolltarif, das heißt, gegen neues Elend und für ein menschenwürdiges Dasein!